

„Wir haben eine sehr verzerrte Wahrnehmung von Deutschlands Wirtschaftskraft“- DIW-Chef Prof. Fratzscher bei der Mittwochsgesellschaft

Erneut folgten zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Medien der gemeinsamen Einladung von METRO, BGA und HDE zur 21. Mittwochsgesellschaft des Handels. Im Mittelpunkt standen die Anforderungen zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. DIW-Chef Professor Marcel Fratzscher stellte die zentralen Ergebnisse des Berichts der von ihm geleiteten Kommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) vor.

„Wir investieren zu wenig in unsere Zukunft!“ – Mit diesen einleitenden Worten gab Michael Wedell, Leiter Politik und Außenbeziehungen der Metro AG, Professor Fratzscher, seit 2013 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und 2011 auf Platz 4 des Handelsblatt-Rankings der Top-Ökonomen Deutschlands, das Stichwort, um die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission vorzustellen.

Stärken-Schwächen-Analyse der Wirtschaftskraft

„Wir vergleichen uns gerne zu unseren Nachbarn und stehen dabei hervorragend da. Die langfristigen Perspektiven sehen aber komplett anders aus“, führte Prof. Fratzscher zu Beginn seines Vortrages aus.

Deutschland investiere zu wenig im öffentlichen und privaten Bereich. Die Expertenkommission habe sich deshalb damit befasst, wo die Probleme liegen und wie diese gelöst werden können. Festgehalten worden sei, dass im Verkehrssektor jährlich Investitionen in Höhe von 10 Mrd. Euro fehlten, im Energiewesen 30 bis 35 Mrd. Euro, damit die Energiewende gelingt, und bei der digitalen Infrastruktur insgesamt 80 Mrd. Euro. Der Lösungsvorschlag: „Wenn es gelänge, die Hälfte der Nettoüberschüsse, die Deutschland an das Ausland verleihe, im Inland zu investieren, könnten die Probleme behoben werden.“ so die Einschätzung von Prof. Fratzscher.

Ansatzpunkte für Maßnahmen sieht er in drei Bereichen: öffentliche Investitionen, private Investitionen und europäi-

sche Initiativen. An finanziellen Mitteln fehle es nicht, so Prof. Fratzscher, es gehe vielmehr um die Frage, diese zu mobilisieren, ohne Steuern senken und Schulden machen zu müssen. Die Hauptschwierigkeit liege hierbei in der Finanzschwäche und technischen Schwächen der Kommunen. Als Lösungsansatz werde vorgeschlagen, 15 Mrd. Euro über drei Jahre den Kommunen zur Verfügung zu stellen, eine Infrastrukturgesellschaft zu gründen und einen Infrastrukturfonds zur Absicherung finanzieller Risiken aufzulegen. Für die Bundesverkehrsstraßen werde die Einrichtung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft vorgeschlagen.

Für private Unternehmensinvestitionen sind nach den Ausführungen von Prof. Fratzscher die verschlechterten Rahmenbedingungen eine große Schwachstelle. Hierzu zählte er die marodierende Verkehrsinfrastruktur, unzureichende Digitalisierung und regulatorische Hürden. Als Schwerpunkt, um einer weiteren Verschlechterung entgegen zu wirken, schlage die Kommission eine Ausweitung der Innovationen vor, um auf einen Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 3 Prozent zu kommen, die Anreize für Kapitalanlagen in junge Unternehmen zu stärken und Anreize für die Verbesserung der digitalen Infrastruktur setzen. Auch plädierte er für mehr regulatorische Sicherheit und die Stärkung des Wettbewerbs im Energiesektor.

Das Investitionsproblem sei auch ein europäisches Problem, so Professor Fratzscher. Er warnte, zu sehr in nationalen Grenzen zu denken. Für Unternehmen sei die Größe des

Marktes wichtig. Die europäische Perspektive liege daher im Interesse Deutschlands, wozu er die Stärkung des Binnenmarktes ebenso zählte wie die Dringlichkeit aus der Krise herauszukommen. Er begrüßte den Junker-Plan eines europäischen Investitionsfonds, der zum Ziel habe, in den kommenden drei bis vier Jahren ausreichend Investitionen zu generieren.

In seinem Statement hob BGA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Handke hervor, dass der BGA seit gut 25 Jahren den erhöhten Investitionsbedarf moniere und bereits früh dafür eingetreten sei, die Investitionen angesichts des in der enormen Investitionsbedarf zu stärken. Kritisch stimme jedoch, ob es angesichts der aktuellen politischen Schwerpunktsetzung gelingen könne, die erforderlichen Mittel zu mobilisieren. Bislang sei die Konsolidierung stets zulasten öffentliche Investitionen gegangen. Prof. Fratzscher warb in seiner Erwiderung dafür, die Schuldenbremse nicht in Frage zu stellen, sondern die guten Zeiten für Investitionen zu nutzen, indem Überschüsse der öffentlichen Haushalte nicht für den Abbau von Schulden, sondern für öffentliche Investitionen genutzt werden.

[Michael Alber]

BGA AKTUELL

BGA: Egotrip eines Gewerkschaftsbosses

„Sieben Tage an einem Stück – mit dem längsten Streik der Geschichte der Lokführer ist eine neue Qualität erreicht. Ein Streik, der über einen solchen Zeitraum geht, wird Kollateralschaden verursachen. Damit reißt die Logistikkette, da ein Ausweichen auf andere Verkehrswege so schnell kaum mehr möglich ist. Der deutsche Groß- und Außenhandel wird hierdurch stark beeinträchtigt.“ Dies erklärte BGA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Handke in Berlin.

Der deutsche Groß- und Außenhandel veranlasst nahezu 50 Prozent des Güterfernverkehrs in Deutschland. Er versorgt Industrie, Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie mit Gütern aller Art. Ein reibungsloser Transportablauf ist unabdingbar.

„Eines wird immer deutlicher: Hier geht es nicht um Arbeitnehmerinteressen, sondern um den Egotrip eines Gewerkschaftsbosses. Hauptleidtragende sind Industrie und Handel“, so Handke weiter.

„Alle Forderungen, die Bahn stärker in die Logistikkette zu integrieren, werden durch solche sinnlosen Streiks obsolet. In den komplizierten Lieferketten hat ein reibungsloser Ablauf höchste Priorität“, so Handke abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 4. Mai 2015

TARIFPOLITIK

Tarifrunde im Groß- und Außenhandel – Arbeitgeber legen Angebot vor

In der diesjährigen Lohn- und Gehaltstarifrunde im Groß- und Außenhandel haben die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde in Baden-Württemberg am 30. April 2015 ein erstes Angebot vorgelegt. Bei einer Laufzeit von 24 Monaten bieten die Arbeitgeber eine zweistufige Erhöhung um 2,0 Prozent im ersten Jahr und 1,5 Prozent im zweiten Jahr der Laufzeit. Gleichzeitig verlangen sie eine Ausweitung der Arbeitszeiten an Heiligabend, Silvester und an Samstagen.

Außer in Baden-Württemberg ist die Tarifrunde ebenfalls bereits in Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Pfalz, Rheinland-Rheinessen, Sachsen und Schleswig-Holstein angelaufen. Die Gewerkschaft Verdi fordert bei 12 Monaten Laufzeit eine Entgelterhöhung von 5,5 Prozent, teilweise verbunden mit einer Mindestanhebung in regional unterschiedlicher Höhe. Außerdem will Verdi einen Bonus für Gewerkschaftsmitglieder vereinbaren.

Die Arbeitgeber bezeichneten die Forderungen als unrealistisch und machten deutlich, dass die wirtschaftliche Situation der Unternehmen des Groß- und Außenhandels mehrheitlich schwieriger sei als vor der letzten Tarifrunde im Jahr 2013. Wichtige Teilbranchen melden fallende Großhandelspreise. Eine Mindestanhebung bedeute überdies eine unverhältnismäßig hohe Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und sei im Verhältnis zu Leistungsträgern der höheren Entgeltgruppen ungerecht. Ein Gewerkschaftsbonus komme aus grundsätzlichen und rechtlichen Erwägungen nicht in Betracht.

In Baden-Württemberg wird die Tarifrunde am 2. Juni fortgesetzt. Weitere zweite Verhandlungsrunden finden am 12. Mai in Bayern und Nordrhein-Westfalen statt.

[Denis Henkel]

GROSSHANDEL

BGA trifft Destatis

Die Jahreserhebung im Großhandel sowie die Preisstatistik standen im Mittelpunkt eines Gesprächs mit den für den Großhandel zuständigen Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes unter Leitung von BGA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Handke. Die Vertreter von Destatis baten den BGA und seine Mitgliedsverbände um Unterstützung bei der geplanten Datenerhebung zur Preisentwicklung im Großhandel, die im Zeitraum Herbst 2016 bis Frühjahr 2017 erfolgen soll, und zu der Destatis dem BGA und seinen Mitgliedsverbände die Möglichkeit gibt, sich frühzeitig in die Produktkategorisierung einzubringen, um ein für die Unternehmen sinnvolle einfache und schnelle Datenerhebung zu ermöglichen. Der BGA nutzte die Gelegenheit und sprach sich seinerseits nachdrücklich für eine Rückkehr zu einer zeitnahen und monatlichen Presse-Information über die Entwicklung des Großhandels aus.

📄 Nähere Informationen werden den BGA-Mitgliedsverbänden in Kürze zugesandt.

[Michael Alber]

AUSSENHANDEL

Verhandlungen zu Freihandelsabkommen EU-Vietnam auf der Zielgeraden

Ein Abschluss der Gespräche für ein Freihandelsabkommen mit Vietnam ist bis Ende Juli 2015 möglich, so die EU-Kommission, welche die Verhandlungen im Namen der EU führt. Während der 12. Verhandlungsrunde über das Abkommen, die Ende März 2015 in Hanoi stattfand, wurden gute Fortschritte verzeichnet. Die nächste Runde (wahrscheinlich in der zweiten Juni-Woche) wird demnach entscheidend sein. Die AVE unterstützt ein rasches Ergebnis der Verhandlungen, damit ihre Mitglieder bald von dem Abkommen profitieren. Dennoch würde das Abkommen erst nach einem langwierigen Ratifizierungsprozess Ende 2017 bzw. Anfang 2018 in Kraft treten.

Bisher konnte keine Einigung zu den beiden wichtigen Kapiteln Zölle und Ursprungsregelungen erreicht werden. Hinsichtlich der Ursprungsregeln scheint es, dass beide Seiten das Prinzip der doppelten Transformation akzeptieren könnten. Allerdings soll es Ausnahmen für eine Reihe von Pro-

dukten geben, für die entweder ein einfacher Verarbeitungsprozess oder ein erweitertes System der Ursprungskumulierung angewendet wird. Die vietnamesische Regierung sammelt derzeit Daten zur Erarbeitung einer Liste von Gütern, die vom zweifachen Verarbeitungsprozess ausgeschlossen werden sollen.

[Marcus Schwenke]

Basisseminar für Fruchthandel

Der Fruchthandel in Deutschland ist besonders von Importen abhängig. Umso wichtiger ist es für die Mitarbeiter der Fruchthandelsunternehmen, mit den Abläufen vertraut zu sein und die Fallstricke des Imports zu kennen. Am 21. April 2015 fand daher das Basisseminar „Fruchtimport von A wie Anbahnung von Geschäftskontakten bis Z wie Zolldokumentation“ in Bonn statt. Es vermittelte Fachkräften aus Qualitätsmanagement und -sicherung sowie Einkauf die wichtigsten Grundlagen für den Import von Obst und Gemüse.

Das Seminar war mit 12 Teilnehmern ausgebucht. Alle Teilnehmer äußerten sich im Nachgang positiv zu dem Seminar. Besonders hilfreich fanden sie es, den Ablauf und die Verfahren beim Import kennenzulernen. Anhand von Praxisbeispielen brachten die beiden Referenten, Udo Bürk von QC Consulting und Frank Terpoorten von Albert Scheid, den Teilnehmern die Aspekte des Imports wie Qualitätssicherung, Beschaffung, Finanzierung und Dokumentation näher. Dank der begrenzten Teilnehmerzahl konnten die beiden Experten auch auf individuelle Probleme eingehen und dabei auf ihre jahrelange Erfahrung im Bereich internationale Frucht sowie Transport- und Zollfragen zurückgreifen.

Veranstalter des Seminars waren das FrischeSeminar, die Bildungsplattform des Deutschen Fruchthandelsverbandes (DFHV) in Kooperation mit dem Import Promotion Desk (IPD), dem deutschen Dienstleister für Importförderung.

[Anna Peter]

Eurokrise: Rückgang der deutschen Exporte nach Griechenland

Im Zuge der Eurokrise sind die deutschen Exporte nach Griechenland spürbar zurückgegangen. Nach endgültigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes war 2013 der Wert deutscher Exporte in das Land am Mittelmeer auf einen Tiefstand von 4,7 Milliarden Euro gesunken. Die

Ausfuhren waren damit 41 % niedriger ausgefallen als noch im Jahr 2008 mit dem bisherigen Höchstwert von 8,0 Milliarden Euro. 2014 gab es nach vorläufigen Angaben wieder einen leichten Anstieg der Ausfuhrwerte, die jedoch mit 5,0 Milliarden Euro auf dem Niveau vor 2001 verblieben.

📄 Pressemitteilung Destatis (Auszug) vom 4. Mai 2015

ARBEITSPOLITIK

EU-Vergleich der Arbeitskosten 2014: Deutschland auf Rang acht

Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft bezahlten im Jahr 2014 durchschnittlich 31,80 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, lag das Arbeitskostenniveau in Deutschland damit innerhalb der Europäischen Union (EU) auf Rang acht. Gemessen am EU-Durchschnitt zahlten Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft 30 % mehr für eine Stunde Arbeit. Im Vergleich beispielsweise zum Nachbarland Frankreich (35,20 Euro) waren es aber knapp 10 % weniger. Dänemark hatte mit 42,00 Euro die höchsten Arbeitskosten je geleistete Stunde, Bulgarien mit 3,80 Euro die niedrigsten.

📄 Pressemitteilung Destatis (Auszug) vom 4. Mai 2015

RECHT

Syndikusanwälte: Nachbesserung am Gesetzentwurf erforderlich

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat mit der formalen Übersendung des bereits bekannten Referentenentwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte nun offiziell die Verbändeanhörung eingeleitet. Der BGA begrüßt den Gesetzentwurf, unterstützt jedoch die Stellungnahme der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände mit einigen Kritikpunkten.

So ist zu bemängeln, dass die nach den Eckpunkten und auch nach der Begründung des Referentenentwurfs gewollte Abschaffung der Doppelberufstheorie nicht konsequent umgesetzt wird. Wer als Syndikusanwalt tätig sein will, sollte neben der Zulassung als Rechtsanwalt keine weitere Zulassung benötigen und die Berufsbezeichnung Rechtsanwalt führen dürfen. Außerdem darf das vorgesehene Zulassungsverfahren durch die Rechtsanwaltskammern nicht zu einem regionalen Auseinanderdriften der Befreiungspraxis

führen. Vielmehr ist dafür zu sorgen, dass Rechtsanwaltskammern und Rentenversicherungen die Frage der Zulassung bzw. Befreiung möglichst einheitlich beurteilen.

Es ist sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für die Zulassung des Syndikusrechtsanwalts nicht gegenüber der bisherigen Rechtspraxis verschärft werden. Außerdem muss ausgeschlossen werden, dass Syndikusanwälte, die über eine aktuelle bestandskräftige Befreiung von der Rentenversicherungspflicht verfügen, eine erneute Befreiung von der Rentenversicherung bzw. eine Zulassung als Syndikusrechtsanwalt beantragen müssen, um in der bisherigen Weise tätig sein zu können. Schließlich fehlt noch immer eine Koordinierung von berufsständischer Versorgung und gesetzlicher Rentenversicherung. Ohne sie wird es in allen Fällen von Wechseln zwischen beiden Alterssicherungssystemen weiter zu Brüchen in der Versorgung kommen.

📄 Die BDA-Stellungnahme kann angefordert werden.

[Alexander Kolodzik]

BGA »DIREKT-SERVICE«

Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

Stellungnahme BDA Syndikusanwälte

E-Mail Adresse

Zitat der Woche

»Karstadt zahlt keine Steuern und baut 20.000 Arbeitsplätze ab, Amazon zahlt auch keine – hat aber 20.000 Stellen geschaffen.«

Gerrit Heinemann, Hochschule Niederrhein

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 8. Mai 2015
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich